



II- **3527** der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH

XIII. Gesetzgebungsperiode

Der Bundesminister für Verkehr

Pr. Zl. 5.906/9-Präs. 1/1974

1668 / A. B.

ZU 1691 / J.

Präs. am 26. Juni 1974

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Fiedler und Genossen, Nr. 1691/J-NR vom 3. Mai 1974: "Telefonchaos in Wien".

Zur obigen Anfrage erlaube ich mir, folgendes mitzuteilen:

Zu 1)

Zur Behebung des gegenwärtigen Engpasses bei den mit der Ziffer 6 beginnenden Wiener Rufnummern sind technische Erweiterungsmaßnahmen in den Telefonzentralen "Neutorgasse" und "Taubstummengasse" sowie der Ausbau von Vermittlungsleitungen notwendig. Mit der völligen Beseitigung dieses Engpasses ist erst im Frühjahr 1976 zu rechnen, weil in den genannten Telefonzentralen zusätzliche Räumlichkeiten für die nötigen technischen Einrichtungen bereitgestellt werden müssen. Dies ist zu einem früheren Termin nicht möglich, weil die in diesen Räumen derzeit untergebrachten Dienststellen verlegt und die Räumlichkeiten sodann adaptiert werden müssen. Eine schrittweise Verbesserung der Fernsprechbedingungen ist aber bereits im Zuge des Ausbaues der Vermittlungsleitungen, der Mitte 1975 abgeschlossen sein wird, zu erwarten.

Zu 2) und 3)

Nach prozentuellen Durchschnittswerten wird nur die erste Wählstufe eines Wählamtes bemessen. Die ausreichende Bemessung liegt aber nicht bei 30 %, sondern zwischen 6 % in Randgebieten und 15 % in Fernsprechballungszentren. Es trifft somit nicht zu, daß die Ursache des Telefonengpasses in einer

- 2 -

zu knappen Bemessung der Durchschnittswerte liegt, vielmehr ist eine Vermehrung der Verbindungsleitungen zwischen bestimmten Wiener Wählämtern notwendig, um einen reibungslosen Telefonverkehr auch während der Verkehrsspitzen sicherzustellen. Die erforderlichen Leitungsausbauten konnten jedoch aus finanziellen Gründen und wegen Kabelumlegungen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau und mit Straßenumleitungen bisher nicht in vollem Umfang durchgeführt werden. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat aber bereits im Jahre 1973 zur Verstärkung und damit zur qualitativen Verbesserung des Fernsprechnetzes ein Schwerpunktprogramm ausgearbeitet, in welchem dem forcierten Ausbau der Verbindungsleitungen Priorität eingeräumt wird. Gegenwärtig werden alle Anstrengungen unternommen, um dieses Sanierungsprogramm so rasch als möglich zu realisieren. Auch wird die gesetzlich vorgesehene Zweckbindung der Mehreinnahmen aus der Fernmeldegebührenerhöhung für die dringenden Fernmeldeinvestitionsvorhaben dazu beitragen, daß die Post- und Telegraphenverwaltung ihr erklärtes Ziel: "Ab 1977 kein Besetztzeichen während der Nummernwahl" erreichen kann.

Zu 4)

Die Zellen aller öffentlichen Münzfernsprecher werden zweimal im Monat gereinigt. Wird von Bediensteten der Post- und Telegraphenverwaltung, von Polizeiorganen oder von Benützern die Verschmutzung einer Zelle gemeldet, so wird sie unverzüglich gesäubert. Die normalen Pflege- und Erhaltungsarbeiten würden genügen, wenn nicht die Telefonzellen und ihre Einrichtungen von einzelnen Benützern aus Gedankenlosigkeit, Mutwillen und teils auch in voller Absicht verschmutzt und nicht selten arg beschädigt würden. Appelle, die öffentlichen Fernsprecheinrichtungen schonend zu behandeln und die Bemühungen der Polizeiorgane, die Fernsprechanlagen zu schützen, haben nur bescheidenen Erfolg. Eine ständige Überwachung der rund 1.800 Wiener

- 3 -

Münzfernsprecher ist freilich nicht möglich. Deshalb kann die Post- und Telegraphenverwaltung auch weiterhin nur die vorgefundenen Übelstände so rasch als möglich beheben und im übrigen die Öffentlichkeit aufrufen, Mängel sofort zu melden und damit die Bemühungen der Post, unverzüglich Abhilfe zu schaffen, wirksam zu unterstützen.

Wien, am 1974 06 17

Der Bundesminister:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Lanc', written over a faint circular stamp or watermark.

(Erwin Lanc)